

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 33/39
Telefax: 9 66 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Loke Mernizka MdL
zum Umgang mit den
struktur- und sozialpoli-
tischen Folgen des
Abrüstungsprozesses
in Nordrhein-Westfalen:
Truppenabbau und
Konversion.

Seite 1

Dokumentation

Die Berliner SPD hat
eine Erklärung zur
Wohnraumnot in der
Stadt erarbeitet, die wir
im Wortlaut veröffentli-
chen: Die Mieten kon-
trollieren, den Mieter-
schutz ausbauen.

Seite 4

46. Jahrgang / 154

14. August 1991

Truppenabbau und Konversion

**Zum Umgang mit den struktur- und sozialpolitischen Folgen des
Abrüstungsprozesses in Nordrhein-Westfalen**

Von Loke Mernizka MdL

**Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von
Nordrhein-Westfalen**

Man stelle sich vor: Noch im letzten Jahr, dem Jahr der deutschen Einheit, waren in beiden Teilen Deutschlands insgesamt 1,4 Millionen Soldaten aller Streitkräfte stationiert. Etwa vier Jahre später, am Ende des Jahres 1994, werden es voraussichtlich weniger als 500.000 Soldaten sein.

1,4 Millionen Soldaten auf einer Fläche von circa 357.000 Quadratkilometern: Vermutlich waren in Friedenszeiten nirgendwo auf der Welt so viele Truppen und Waffen konzentriert, wie in beiden Teilen Deutschlands. Eine Verringerung der Streitkräfte auf fast 1/3 innerhalb von vier Jahren: Nirgendwo auf der Welt bringt die Abrüstung deshalb auch so tiefgreifende Veränderungen für die Menschen mit sich wie im vereinten Deutschland.

Dieser notwendige und umfassende Abrüstungsschritt ist auch das Ergebnis der in den siebziger Jahren von Sozialdemokraten eingeleiteten Friedens- und Abrüstungspolitik.

Wir wollen den Abbau der militärischen Konfrontation und die dauerhafte Einschränkung der Rüstung. Durch die Verringerung der Militärpotentiale in unserem Land werden bisher vorhandene Gefahren für die Bevölkerung abgebaut und erhebliche volkswirtschaftliche Ressourcen frei, die jetzt endlich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse und für mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland, Europa und der Dritten Welt eingesetzt werden können.

Wir waren uns auch immer im klaren darüber, daß ein solcher Abrüstungsprozeß zu tiefgreifenden Strukturveränderungen führt. Betroffen sind vor allem:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120406

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Erhältlich: Versand
mit wertvoller Kulturscheit
Recycling-Papier



- Zivilbeschäftigte bei der Bundeswehr und den alliierten Streitkräften,
- Standortgemeinden durch Bevölkerungs-, Arbeitsplatz-, Kaufkraft- und Steuerverluste,
- Zuliefer- und Reparaturbetriebe sowie ihre Beschäftigten.

Die SPD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag hat sich frühzeitig mit den Konsequenzen des Truppenabbaus in NRW beschäftigt. Im Herbst letzten Jahres wurde durch unsere Initiative eine gemeinsame Entschließung des Landtags verabschiedet, die einen sozialverträglichen, nicht bruchartigen Abbau von militärischen Einrichtungen und Truppen in NRW forderte. Die Landesregierung wurde beauftragt, eine interministerielle Arbeitsgruppe einzurichten und einen umfassenden Bericht zu den Folgen und Chancen des Truppenabbaus auszuarbeiten.

Auf der Basis dieses Berichtes führte die SPD-Landtagsfraktion eine ausführliche Informationsveranstaltung mit sozialdemokratischen Mandatsträgern, Hauptverwaltungsbeamten und Betriebsräten aus den betroffenen Standortgemeinden durch. Im Nachhinein läßt sich sagen: Neben dem seit 1990 eingerichteten Arbeitskreis "Truppenabbau und Rüstungskonversion" der SPD-Landtagsfraktion war dieses Treffen mit den betroffenen Kommunen ein wichtiger Baustein im kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen der Landtagsfraktion und den Stationierungsgemeinden. Es wurde deutlich, welche Probleme vor Ort bestehen: Besonders betroffen sind einzelne Standortgemeinden durch die regional konzentrierten Abbauplanungen von Bundeswehr und britischen Streitkräften, bei Zivilbeschäftigten und Mitarbeitern von Instandsetzungsbetrieben. Probleme bestehen vor Ort auch aufgrund ungenauer und unzureichender Informationen über Abzugsplanungen insbesondere bei der britischen Rheinarmee. Deutlich wurde in der Diskussion aber auch, daß viele Kommunen bereits konkrete Verwendungen für freiwerdende Kasernen, Wohnungen oder Übungsplätze haben. Um die Liegenschaften aber sinnvoll und frühzeitig nutzen zu können, wurde den Gemeinden empfohlen, umgehend freie Flächen zu überplanen und für ihre Entwicklungsplanungen, falls nötig, auch Hilfe der LEG oder Fördermittel des Landes in Anspruch zu nehmen.

Es zeigte sich in der weiteren Diskussion sehr schnell, daß in der Nutzung ehemaliger militärischer Liegenschaften für den sozialen und studentischen Wohnungsbau, für gewerbliche Maßnahmen, für den Hochschulbau, zum Ausbau der Infrastruktur oder für ökologisch wichtige Vorhaben auch große Chancen für die Landes- und Stadtentwicklung liegen. Die möglichst schnelle Freigabe dieser Liegenschaften durch den Bund mußte deshalb ein vorrangiges Ziel sein.

Gerade hier ergeben sich aber auch große Probleme: Die Bundesregierung hatte offensichtlich darauf spekuliert, mit dem Verkauf dieser Flächen zum derzeitigen Verkehrswert ihre eigene Einnahmesituation aufbessern zu können. Damit wären diese Flächen für Land und Kommunen allerdings unerschwinglich geworden. Mittlerweile hat der Bund zwar Preisnachlässe für den Wohnungsbau und einige andere Nutzungszwecke angekündigt, die allerdings immer noch nicht ausreichen. Landesregierung und Landtagsfraktion haben demgegenüber gefordert, daß diese Liegenschaften mit einem Abschlag von 50 Prozent, in Ausnahmen bis zu 80 Prozent zum Verkehrswert abgegeben werden müssen, damit sie möglichst umgehend für dringende öffentliche Zwecke genutzt werden können. Notwendig ist hierzu auch, daß sich die Bundesregierung von ihrem bürokratischen Verfahren zur Freigabe dieser Flächen trennt, welches eine schnelle Verfügbarkeit der Flächen eher behindert als fördert. Völlig unakzeptabel ist deshalb, daß bisher zunächst eine Übertragung der Flächen an das Bundesvermögensamt sowie die Möglichkeit eines vordringlichen Anspruchs durch das Bundesverteidigungsministerium und andere Bundeseinrichtungen vorgesehen ist.

Ein zentrales Problem in diesem Zusammenhang ist die Altlastenfrage. Hierzu muß die Bundesregierung umgehend Gefährdungsabschätzungen bei den freiwerdenden Flächen durchführen. Sowohl bei Altlasten mit unmittelbaren Gefahren als auch bei anderen Bodenverunreinigungen muß unverzüglich mit Sanierungsmaßnahmen begonnen werden. Die Kosten hierfür

müssen nach dem Verursacherprinzip Bundesregierung beziehungsweise die alliierten Streitkräfte tragen.

Arbeitsmarktpolitisches Konzept erforderlich

Ein verantwortungsvoller, sozialverträglich gestalteter Abrüstungsprozeß setzt aber auch ein klares arbeitsmarktpolitisches Konzept für die von Entlassung bedrohten Zivilbeschäftigten voraus. Wir wollen zwar den Abbau der Streitkräfte - aber wir wollen nicht, daß die Arbeitnehmer hierbei auf der Strecke bleiben. Unbedingt notwendig ist deshalb der Abschluß eines Sozialplanes für alle Betroffenen. Hierbei müssen für die von Entlassung bedrohten zivilen Arbeitnehmer der alliierten Streitkräfte selbstverständlich die gleichen finanziellen und sozialen Absicherungen sowie Mitbestimmungsrechte gelten, wie bei den Zivilbeschäftigten der Bundeswehr. Hierzu gehört ebenfalls die bevorzugte Übernahme von Zivilbeschäftigten in den öffentlichen Dienst von Bund, Land und Gemeinden. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat sich hierzu schon grundsätzlich bereit erklärt.

Hierzu zählen weiterhin möglichst umfassende und frühzeitige arbeitsmarktpolitische Hilfen. So müssen die Arbeitsämter bereits im Vorfeld bei drohenden Entlassungen von Zivilbeschäftigten ihre arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur beruflichen Aus- und Fortbildung beziehungsweise Umschulung voll einsetzen.

Neben dieser unbedingt erforderlichen "vorsorgenden Arbeitsmarktpolitik" sind weitere strukturpolitische Hilfen für die betroffenen Standortgemeinden notwendig. Es muß ein umfassendes Militärstandorte-Sonderprogramm aufgelegt werden, das sich auf Maßnahmen zur Flächenentwicklung, zu Wirtschafts- und Infrastrukturförderung sowie zur weiteren Qualifizierung der betroffenen Arbeitnehmer konzentriert.

Dieser Forderungskatalog zur sozial- und strukturpolitischen Begleitung des Abrüstungsprozesses wurde auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion im Juli dieses Jahres vom nordrhein-westfälischen Landtag mehrheitlich verabschiedet. Die Landesregierung hat ihrerseits bereits eine Initiative im Bundesrat zur Umsetzung dieser Maßnahmen durch den Bund gestartet.

Hier stellt sich natürlich die Frage, warum die Bundesregierung nicht schon längst ein abgestimmtes Gesamtkonzept zum Ausgleich der Folgen der Truppenreduzierungen vorgelegt hat. Schließlich sind die Ausmaße dieses umfangreichen Abrüstungsprozesses spätestens seit Mitte letzten Jahres bekannt gewesen und bekannt war auch, daß ein solcher Abbau natürlich Probleme schafft und bruchhafte Entwicklungen nur durch ein gezieltes, planvolles Konzept zur Strukturanpassung zu vermeiden sind.

Unverständlich ist deshalb, daß die Bundesregierung wertvolle Zeit vertut und derzeit eher ein Bild der Konzeptions- und Hilflosigkeit vermittelt: Der Verteidigungsminister ist mit seinem Stationierungskonzept für die Bundeswehr erheblich verspätet fertig geworden. Nachdem er über 18 Monate an Reduzierungsplänen gebastelt hat, wird den betroffenen Ländern und Gemeinden jetzt zugemutet, innerhalb eines Monats dazu Stellung zu nehmen. Abgestimmte Ausgleichsmaßnahmen zur Minderung der Folgen von Standortschließungen sind immer noch nicht in Sicht. Ein Interessenausgleich unter den Standortgemeinden wurde ebenfalls nicht organisiert. Stattdessen werden zwischen den betroffenen Ministerien der Verteidigung, der Wirtschaft und dem Wohnungsbau ständig Zuständigkeiten, Vorschläge und Aktionen hin und her geschoben.

Angesichts dieser Situation haben die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung NRW bisher gut daran getan, sich frühzeitig auf den Truppenreduzierungsprozeß vorzubereiten, mit den Betroffenen geeignete Anpassungskonzepte vorzubereiten und eigene Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Jetzt ist die Bundesregierung gefordert, denn Verteidigungs- und Abrüstungspolitik liegen in ihrer Zuständigkeit. Wir erwarten nun, daß sich die Bundesregierung dieser Verantwortung stellt.

(-/14. August 1991/rs/ks)

DOKUMENTATION

Die Mieten kontrollieren, den Mieterschutz ausbauen

Die Berliner SPD hat eine Erklärung zur Wohnraumnot in der Stadt erarbeitet, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Zur Zeit fehlen rund 100.000 Wohnungen in Berlin. Diese Zahl wird durch das zu erwartende Bevölkerungswachstum noch ansteigen. Deshalb hat sich die Koalition vorgenommen, in dieser Legislaturperiode mindestens 80.000 Wohnungen neu zu bauen und den bestehenden Wohnungsleerstand vor allem im Ostteil der Stadt (circa 15.000) schnell zu beseitigen. Eine schwere Aufgabe, weil Geld und Flächen immer knapper werden.

Wir dürfen aber nicht diejenigen enttäuschen, die seit Jahren eine Wohnung suchen und bisher keine Chance auf eine angemessene und bezahlbare Wohnung hatten. Die Flächenreserven der Stadt sind intelligent zu nutzen, Fehler der Vergangenheit in Ost und West dürfen nicht wiederholt werden. Aber eines steht fest: Eine Stadt ohne Baustellen ist eine sterbende Stadt.

Die SPD will gegen unlautere und mieterfeindliche Methoden bei der Vermittlung, Vermietung und Kündigung von Wohnraum verstärkt vorgehen. Bei der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses ist eine Informationsbörse eingerichtet worden, die einschlägige Informationen sammelt, aufbereitet und veröffentlicht, damit dunkle Machenschaften ans Licht kommen.

Die Mieten in Ost-Berlin dürfen den Einkommen nicht davonlaufen. Die Mieten in der Stadt müssen angehoben werden, aber sie dürfen nicht schneller steigen als die Einkommen. Die ehemaligen DDR-Bürger dürfen kein Volk werden, das von Empfang von Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung sowie von Wohngeld lebt.

Die Bundesregierung hat sich im Einigungsvertrag festgelegt. Die Mieten dürfen nur Zug um Zug im Gleichschritt mit der Einkommensentwicklung erhöht werden. Verträge sind zu halten!

Die Mieter in Ost-Berliner Bezirken brauchen mehr Schutz vor mieterfeindlichen Praktiken einzelner Abschreiber und Spekulanten, die bereits kurz nach der Wende ihre Finger nach Ost-Berlin ausgestreckt haben.

Ob in Hamburg oder Berlin, Frankfurt/Main oder München - überall das Gleiche: Die Mieten scheinen förmlich zu explodieren. Wer eine neue Wohnung sucht, für den sind Mietsforderungen zwischen 20 und 30 DM pro Quadratmeter im Monat keine Seltenheit mehr. Immer mehr Personengruppen werden bei diesem ungleichen Wettbewerb um eine Wohnung aus dem Feld geschlagen.

Viele Gewerbebetriebe stehen mit dem Rücken an der Wand. Durch extreme Steigerung der Gewerbemieten ist ein Verdrängungs- und Vernichtungswettbewerb in Gang gekommen, der den Regeln einer modernen Marktwirtschaft nicht mehr entspricht. Hauseigentümer und -verwaltungen schlagen bisher ungeahnte Profite aus Laden- und Gewerbeflächen. Vor allem kleine und mittelständische Firmen, die Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs anbieten, sind durch Wuchermieten in ihrer Existenz bedroht.

Aber auch sozialen Einrichtungen, zum Beispiel den vielen Kinderläden, droht allein durch steigende Mieten das Aus. Künstler müssen ihre Ateliers aufgeben. Daraus folgt: Auch Gewerbemieten dürfen nicht allein dem Gesetz des Stärkeren überlassen bleiben.

Unsere Hauptforderungen sind deshalb:

- Mieterhöhung von nicht mehr als fünf Prozent im Jahr;
- der Mietspiegel darf nicht nur die Neuabschlüsse, sondern muß alle Mieten 'widerspiegeln';
- Begrenzung des Mietanstiegs bei Abschluß eines neuen Mietvertrags;
- bei Modernisierung sollen nur sieben statt bisher elf Prozent der Kosten auf die Mieter umgelegt werden;
- Begrenzung der Möglichkeit, Modernisierungskosten auf die Mieter umzulegen;
- Begrenzung der Umlage von Kapitalkostenerhöhungen.

(-/14. August 1991/rs/ks)
